KREIS WARENDORF
Der Landrat

Ausschuss für Soziales
und Gesundheit

An die
Mitglieder Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
des Kreises Warendorf

nachrichtlich:
allen übrigen Kreistagsmitgliedern

Warendorf, den 04.06.2021

Einladung

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am Donnerstag, dem 17.06.2021, um 09:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie ein zur nächsten Sitzung Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

am Donnerstag, dem 17.06.2021, um 09:00 Uhr,

im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26).

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
2	Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand	**124/2021**
3	Bericht zur Aufgabenwahrnehmung des Kreises Warendorf nach dem Prostituiertenschutzgesetz	**121/2021**

4	„Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ – Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung	**139/2021**
5	Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes "Pflegebegleiter"	**123/2021**
6	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen	**147/2021**
7	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.05.2021 - Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege	**160/2021**

II. Nichtöffentlicher Teil

1	Abschluss eines Änderungsvertrages mit dem Verein Alter und Soziales e.V.	**171/2021**
2	Abschluss eines Vertrages mit dem AWO Unterbezirk Ruhr-Lippe-Ems	**102/2021**
3	Änderung des Vertrages mit dem Träger Innosozial gGmbH über die Durchführung von pädagogischen/therapeutischen Maßnahmen (Fachdienst Autismus)	**138/2021**
4	Abschluss einer Vereinbarung über die Förderung des Psychosozialen Traumazentrums für Flüchtlinge der Innosozial gGmbH	**173/2021**

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Robert Strübbe
Vorsitzender

beglaubigt:

Anne Middendorf

Ö 2

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt **Gesundheitsamt**	Nr. **124/2021**

Betreff:

Corona-Pandemie im Kreis Warendorf - aktueller Sachstand

Beratungsfolge	**Termin**
Ausschuss für Soziales und Gesundheit Berichterstattung: Frau Dr. Arizzi Rusche	17.06.2021

Beschlussvorschlag:

Zur Information

Erläuterungen:

Über den aktuellen Sachstand der Corona-Pandemie im Kreis Warendorf wird berichtet.

1. _____
   Amtsleitung

2. _____
   Dezernent

3. _____
   Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen)

4. _____
   Landrat

Ö 3

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt **Gesundheitsamt**	Nr. **121/2021**

Betreff:

Bericht zur Aufgabenwahrnehmung des Kreises Warendorf nach dem Prostituiertenschutzgesetz

Beratungsfolge	**Termin**
Ausschuss für Soziales und Gesundheit Berichterstattung: Frau Dr. Anna Arizzi Rusche Frau Manuela Knipping	17.06.2021

Finanzielle Auswirkungen:		☐ ja	☒ nein	
Falls ja: **Im Haushaltsplan vorgesehen:**		☐ ja	☐ nein	
Produkt	Nr.		Bez.	
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr.		Bez.	
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) b)	EUR EUR		
1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:			**2)** Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt:	EUR		insgesamt:	EUR
Beteiligung Dritter:	EUR		Beteiligung Dritter:	EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR		Belastung Kreis Warendorf:	EUR

Beschlussvorschlag:

Zur Information

Erläuterungen:

Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2021 wurde durch den Kreisausschuss darum gebeten, im Fachausschuss zur Aufgabenwahrnehmung des Kreises nach dem Prostituiertenschutzgesetz zu berichten.
Frau Dr. Arizzi Rusche wird zu den in der Zuständigkeit des Gesundheitsamtes liegenden gesundheitlichen Beratungen für Prostituierte berichten. Durch Frau Knipping erfolgt ein Bericht zu den in die Zuständigkeit des Ordnungsamtes fallenden Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz.

1. _____
   Amtsleitung

2. _____
   Dezernent

3. _____
   Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen)

4. _____
   Landrat

Ö 4

KREIS WARENDORF
Der Landrat

Beschlussvorlage öffentlich

Federführendes Amt **Sozialamt**	Nr. **139/2021**

Betreff:

„Gesund und aktiv älter werden im Kreis Warendorf“ – Fallmanagement für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung

Beratungsfolge	**Termin**
Ausschuss für Soziales und Gesundheit Berichterstattung: Anne Middendorf Lena Wiedemann	17.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: Brigitte Klausmeier	25.06.2021

Finanzielle Auswirkungen:		☒ Ja siehe Vorlage	☐ nein	
Falls ja: **Im Haushaltsplan vorgesehen:**		☐ ja	☒ nein	
Produkt	Nr.	050120	Bez.	Grunds. Alter/Erwerbsminderung
Ergebnisplanposition oder Investition	Nr.		Bez.	
Betrag a) für den Zweck veranschlagt und b) nunmehr erforderlich	a) b)	EUR EUR		

1) Investitionsauszahl./einmalige Aufwendungen:		**2)** Lfd. Aufwendungen (einschl. Abschreibungen) jährlich:	
insgesamt:	EUR	insgesamt:	EUR
Beteiligung Dritter:	EUR	Beteiligung Dritter:	EUR
Belastung Kreis Warendorf:	EUR	Belastung Kreis Warendorf:	EUR

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. **eine entsprechende Projektskizze zu erstellen und diese bei dem GKV-Bündnis für Gesundheit einzureichen sowie**
2. **nach positiver Bewertung einen Zuwendungsantrag beim Projektträger Jülich zu stellen.**

Erläuterungen:

Demographisch entwickelt sich der Kreis Warendorf bis 2040 wie folgt:

1) Gesamtrückgang der Bevölkerung um 2,7 % (7.614 Personen)
2) Rückgang der Personengruppe der unter 65-Jährigen um 15 % (32.939 Personen)
3) Anstieg der Personengruppe der über 65- Jährigen um 43% (25.325 Personen).

Das Verhältnis zwischen den Altersgruppen wird sich verschieben: Einer immer geringeren Anzahl jüngerer Menschen steht eine immer größere Gruppe älterer Menschen gegenüber.
Darüber hinaus wird aufgrund veränderter Familienstrukturen die Zunahme von Einpersonenhaushalten prognostiziert.

Diese demographischen Veränderungen stellen den Kreis Warendorf zukünftig vor große Herausforderungen.
Diese Thematik ist auch im Kreisentwicklungsprogramm 2030plus, das am 13.12.2019 im Kreistag verabschiedet wurde, aufgegriffen worden. Von vielen Beteiligten wurden sowohl Gesundheit als auch soziale Teilhabe als wichtige Faktoren für ein gelingendes Älterwerden benannt. Es wurden u.a. die folgenden Maßnahmen beschlossen:
FL 14: Schaffung von Angeboten gegen Vereinsamung
- Beratungsangebote entwickeln und bereitstellen

FL 15: Ausweitung der Seniorenberatung
- Angebote einer altengerechten Gesundheitsvorsorge entwickeln

Soziale Isolation und Einsamkeit haben negative Auswirkungen auf unterschiedliche Lebensbereiche und stellen ein Risiko für die körperliche und psychische Gesundheit dar. Mit diesem Gesundheitsrisiko ist ein frühzeitiger Eintritt von Pflegebedürftigkeit verbunden.

Vor diesem Hintergrund ist geplant, alleinlebenden Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherung ab dem 50. Lebensjahr ein intensives Beratungsangebot zu machen.
Ziel ist es, sozialer Isolation vorzubeugen und durch aktive Teilhabe die Gesundheit zu fördern sowie die Lebenssituation der Zielgruppe trotz geringen Einkommens zu verbessern.

<u>Wesentliche Bausteine des Projektes:</u>

- **Schaffung von regionalen Netzwerken**
  Es werden die örtlichen Angebotsstrukturen erfasst, Kooperationen mit Trägern, Vereinen, Initiativen hergestellt und an bestehende Netzwerke angeknüpft bzw. diese entsprechend ausgebaut. So können die Angebote entsprechend des individuellen Bedarfs der Beratenden koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

- **Implementierung eines Fallmanagements**
  Das Fallmanagement gliedert sich in vier verschiedene Phasen. Es werden die jeweiligen Lebenssituationen und Bedarfe erfasst und auf dieser Grundlage gemeinsam mit den Beratenden erstrebenswerte Veränderungen und Ziele erarbeitet sowie weitere Maßnahmen geplant. Entsprechend der zuvor erfassten Ziele werden Teilhabe- und Unterstützungsangebote eruiert und vermittelt. Abschließend erfolgt die Evaluation des Fallmanagements. Veränderungen im Hilfe- und Unterstützungsbedarf sowie das Erreichen der vereinbarten Ziele werden überprüft.

Es ist geplant, das Projekt sukzessive kreisweit einzuführen. Aus Praktikabilitätsgründen sollen drei annähernd gleich große Regionalbezirke gebildet werden.
Mit der Umsetzung des o.g. Projektes soll eine 0,5 Vollzeitstelle (Soziale Arbeit) betraut werden.
Das Vorhaben erfolgt in enger Kooperation mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, die im Rahmen einer Lenkungsgruppe aktiv mit eingebunden sind.

Das GKV-Bündnis für Gesundheit hat auf der Grundlage des § 20a SGB V ein kommunales Förderprogramm zur Förderung zielgruppenspezifischer Interventionen in der lebensweltbezogenen Gesundheitsförderung und Prävention aufgelegt.
Es werden Vorhaben gefördert, die sich an sozial und gesundheitliche benachteiligte Gruppen richten. Die Förderung von maximal 110.000 Euro pro Projekt können Kreise und kreisfreie Städte für eine Dauer von bis zu vier Jahre beantragen.
Das Antragsverfahren ist zweistufig: Im ersten Schritt erstellt der Antragsteller eine Projektskizze, die durch das Programmbüro des GKV- Bündnis für Gesundheit geprüft wird. Nach einer Befürwortung wird im zweiten Schritt der Zuwendungsantrag beim Projektträger Jülich eingereicht. Nach positiver Prüfung erhält die antragsstellende Kommune einen Zuwendungsbescheid.

In diesem Fall könnten die Bruttopersonalkosten einschließlich Nebenkosten der 0,5 Stelle voll umfänglich refinanziert werden. Der notwendige Eigenanteil von 20% wird über die Stelle der Sozialplanung gedeckt.

1. _____
   Amtsleitung

2. _____
   Dezernent

3. _____
   Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen)

4. _____
   Landrat

Ö 5

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt **Sozialamt**	Nr. **123/2021**

Betreff:

Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes „Pflegebegleiter"

Beratungsfolge	**Termin**
Ausschuss für Soziales und Gesundheit Berichterstattung: Beate Baldus	17.06.2021

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Am 13.12.2019 hat der Kreistag das Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus verabschiedet. Dies beinhaltet u.a. die Maßnahme FL12: Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes „Pflegebegleiter“.
Der Kreis Warendorf hat nun ein entsprechendes Konzept entwickelt (siehe Anlage).

Das Projekt zielt auf eine Unterstützung pflegender Angehöriger in ihrem Umfeld und will durch qualifizierte Ehrenamtliche die Lücke zwischen professionellem und informellem Unterstützungssystem schließen.

Das Projekt soll zunächst als Pilot in Beckum starten und vom dortigen Mehrgenerationshaus (MGH) - in Trägerschaft des Mütterzentrums Beckum e.V. - durchgeführt werden.
Das Projekt „Pflegebegleiter“ entspricht vollumfänglich der Zielsetzung des MGH: Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders und des freiwilligen Engagements in Form von Selbsthilfe und Ehrenamt.
Die notwendigen Koordinierungs- und Vermittlungstätigkeiten sowie die Begleitung der Ehrenamtlichen können von den dortigen Fachkräften übernommen werden.

Die Schulung der Pflegebegleiter erfolgt durch das „Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz“ in den Räumen des MGH.

Die Tätigkeiten der Pflegebegleiterinnen und -begleiter erfolgen ehrenamtlich.

Anlagen:
Konzept „Pflegebegleiter“

1. _____
   Amtsleitung

2. _____
   Dezernent

3. _____
   Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen)

4. _____
   Landrat

Ö 5

Ehrenamtliche Pflegebegleiterinnen und Pflegebegleiter

Ausgangslage:

Am 13.12.2019 hat der Kreistag das Kreisentwicklungsprogramm WAF2030plus verabschiedet. An der Ausarbeitung des Kreisentwicklungsprogramms waren unterschiedliche Expertinnen und Experten beteiligt, z.B. Vertreterinnen und Vertreter des Kreises, der Städte und Gemeinden, der im Kreistag vertretenden Parteien, Träger und interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Gemeinsam wurden Maßnahmen erarbeitet, um den zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Dazu zählt u.a. die Maßnahme FL 12: Initiierung des niedrigschwelligen Angebotes „Pflegebegleiter“

Zielgruppe:

Pflegende Angehörige im Kreis Warendorf

Zielsetzung:

- Unterstützung und Begleitung pflegender Angehöriger
- Entspannung und Stabilisierung der häuslichen Pflegesituation
- Erhalt der Pflegemotivation und Stärkung des häuslichen Pflegearrangements
- Vermeidung/Verzögerung einer vollstationären Versorgung
- Verstärkte Inanspruchnahme von Hilfsangeboten
- Erhalt/Verbesserung des gesundheitlichen Zustandes der Pflegenden

Bedarfsanalyse:

Die Pflege hilfsbedürftiger Menschen im ambulanten Bereich wird überwiegend von Angehörigen und weiteren Privatpersonen übernommen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes (2018) werden von den insgesamt 3,4 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland 2,6 Millionen Menschen von Angehörigen im häuslichen Umfeld versorgt. Lediglich ein Drittel dieser Fälle nimmt zusätzlich noch professionelle Hilfe in Anspruch.

Auf der Basis der Pflegestatistik 2019 sind für den Kreis Warendorf sind die Daten ähnlich. Hier beträgt der Anteil der professionellen ambulanten Pflege ca. 35 %.

Es ist davon auszugehen, dass diesen Pflegebedürftigen mindestens je ein pflegender Angehöriger gegenübersteht.

Viele Angehörige übernehmen die Pflege für einen sehr langen Zeitraum und unter persönlichem Einsatz. Sie stellen sich einer enormen Belastung und Herausforderung. Häufig stellen sie ihre persönlichen Bedürfnisse zurück und laufen daher Gefahr, selbst zu erkranken. In vielen Fällen ist dieses auf mangelnde Informationen bezüglich zustehender finanzieller oder auch entlastender Hilfen zurückzuführen. Ein weiterer Grund ist vielfach auch die fehlende psychosoziale Unterstützung.

Vorhaben:

Die Implementierung der Pflegebegleiterinnen und -begleiter soll im gesamten Kreisgebiet erfolgen. Eine Kooperation des Kreises Warendorf mit den Städten und Gemeinden ist hierbei erforderlich, da der direkte Kontakt zu den Ehrenamtlichen und auch zu den pflegenden Angehörigen vor Ort stattfindet und auch im weiteren Verlauf hier koordiniert wird. Zur Gewinnung und weiteren Beschäftigung von Ehrenamtlichen ist eine stabile Organisationsstruktur mit einer qualifizierten hauptamtlichen Fachkraft erforderlich. Die freiwilligen Pflegebegleiterinnen und -begleiter benötigen eine verlässliche und fachliche Unterstützung, die dauerhaft gewährleistet ist. Auch die ersten Kontaktaufnahmen zwischen den Ehrenamtlichen und den Familien müssen individuell begleitet werden.
Im Anschluss arbeiten die Ehrenamtlichen bei den pflegenden Angehörigen selbstorganisiert. Terminabsprachen und Art der Kontakte (telefonische/persönlich) werden nach Bedarf vereinbart.

Pflegebegleiterinnen und Pflegebegleiter:

Die Ehrenamtlichen unterstützen die Pflegenden im häuslichen Bereich dabei, die Pflegesituation als realisierbar und auch befriedigend zu erleben. Sie bieten selbst keine Entlastungsangebote an, sondern stehen den Angehörigen als Gesprächspartnerinnen und -partner zur Verfügung und helfen bei der Klärung von Problemlagen, bei Fragen der Alltagsgestaltung mit den pflegebedürftigen Personen und unterstützen gleichzeitig die Selbstorganisation der Angehörigen in der herausfordernden Situation. Sie vermitteln in den Gesprächen ihr Wissen über lokale Hilfs- und Beratungsangebote, unterstützen die Familien bei der Organisation von professionellen Diensten und stellen gegebenenfalls die Kontakte her.

Zur Vorbereitung auf die Begleitungen nehmen die ehrenamtlichen Begleiterinnen und Begleiter im Vorfeld an einer (Online-)Schulung teil.

Gewinnung von Ehrenamtlichen und pflegenden Angehörigen:

- lokale Pflege-Netzwerke
- Quartiersarbeiter
- Medien
- Flyer
- Infoveranstaltung
- Pflegedienste
- Selbsthilfegruppen
- Religiöse Gemeinschaften
- Vereine

Ö 6

Antrag öffentlich

Federführendes Amt **Sozialamt**	Nr. **147/2021**

Betreff:

Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen

Beratungsfolge	**Termin**
Ausschuss für Soziales und Gesundheit Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	17.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	25.06.2021
Kreistag Berichterstattung: FWG-Kreistagsfraktion	25.06.2021

Erläuterungen:

Auf den beiliegenden Antrag der FWG-Kreistagsfraktion wird verwiesen.

Anlagen:
Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 27.10.2020 - Sicherer Hafen

1. _____
   Amtsleitung

2. _____
   Dezernent

3. _____
   Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen)

4. _____
   Landrat

Ö 6

Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.
www.fwg-kreis-warendorf.de
Die Kreistagsfraktion
27. Oktober 2020

FWG Kreis Warendorf e.V. –Die Kreistagsfraktion–Tulpenweg 4 – 59320Ennigerloh

Herrn

Landrat Dr. Olaf Gericke

Waldenburger Str. 1

48231 Warendorf

Antrag zur Beratung im Kreistag und in den zugehörigen Fachausschüssen

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

sehr geehrte Damen und Herren,

Krieg, politische Verfolgung, Angst weltweit verlassen Millionen Menschen ihr Heimatland und lassen dabei oft ihr ganzes bisheriges Leben zurück.

79,5 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht – mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung. Aus Syrien kommen etwa 75% aller Geflüchteten, gefolgt von Venezuela, Afghanistan, dem Südsudan und Myanmar.

Mehr als 9 Jahre nach dem Ausbruch der Konflikte in Syrien sind dort 6,2 Millionen Menschen innerhalb des Landes auf der Flucht; 5,3 Millionen Menschen suchen Schutz in den Nachbarländern. Insgesamt sind dort 13 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. (Quelle: www.drk.de)

In unserer Gesellschaft verwenden wir häufig die Schlagwörter „Nachbarschaftshilfe“ und „Solidarität“. Diese sollten wir auch „leben“, aber nicht nur in unserem engsten Umkreis, sondern auch, wenn es um Menschen in bitterer Not in den Nachbarländern an den EU-Außengrenzen geht. In den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln leben Tausende in Zeltstädten, die für maximal 1/10 der Menschen errichtet wurden. Auch seit Ausbruch der Pandemie hat sich diese Situation nur geringfügig verbessert. Die aktuelle Situation ist weiterhin untragbar. Es fehlen die notwendigen Räume für Distanz, fließend Wasser für entsprechende Hygiene und sichere Rückzugsorte.

Fraktionsvorsitzende: Dorothea Nienkemper Tulpenweg 4 59320 Ennigerloh Tel.: 02587-970177 doro.westkirchen@web.de
Stellvertreter: Nils Fiedlers Lange Wand 48 59229 Ahlen Tel.: 02388-841876 fwg.nils.fiedlers@web.de

Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.
www.fwg-kreis-warendorf.de
Die Kreistagsfraktion
27. Oktober 2020

Angesichts der nach wie vor untragbaren Situation beantragt die FWG-Fraktion Kreis Warendorf den Kreis Warendorf im Sinne der Forderungen der SEEBRÜCKE zum „Sicheren Hafen“ zu erklären, zusätzliche Flüchtlingsfamilien aufzunehmen und somit dem Beispiel zahlreicher Kommunen und Kreise in Deutschland zu folgen.

Das Bündnis SEEBRÜCKE hat sich am 13./14. Juni 2019 beim SEEBRÜCKE Kongress „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ konstituiert.

Die FWG Kreis Warendorf beantragt:

1. **Der Kreistag des Kreises Warendorf begrüßt alle Schritte in der EU, die dazu beitragen, ein europäisches Notfallrettungssystem, unter anderem für aus Seenot gerettete Flüchtlinge, weiter zu entwickeln.**
2. **Der Kreistag stützt die Angebote der Kommunen, ohne Anrechnung auf die Quoten zur Erfüllung der Aufnahmeverpflichtung, weitere Flüchtlingsfamilien aufzunehmen, sofern eine angemessene Unterbringung gewährleistet werden kann; ggf. bis zu 5% oberhalb der Quote. Der Kreis Warendorf fordert Bund und Land auf, dieses Angebot anzunehmen und den entsprechenden finanziellen Ausgleich zu leisten.**
3. **Der Kreistag fordert den Landrat auf, sich für die Entkriminalisierung von privaten Seenotrettungsinitiativen einzusetzen und schließt sich der sogenannten Potsdamer Erklärung, also dem Zusammenschluss der Städte und Kreise „Sicherer Hafen“ an. Der Kreis Warendorf unterstützt die Bereitschaft der Kommunen, als sicherer Hafen für geflüchtete Menschen, die aus Seenot gerettet wurden oder menschenunwürdig in Auffanglagern untergebracht sind.**
4. **Der Kreistag betont, dass der Kreis Warendorf für eine bestmögliche Integration der geflüchteten Menschen beiträgt, indem alle notwendigen Ressourcen für ein menschenwürdiges Leben in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung, Bildung und Vermittlung in Arbeit – sofern rechtlich umsetzbar - zur Verfügung gestellt werden.**

Die FWG-Fraktion Kreis Warendorf sieht es als moralische Pflicht, öffentlich für Menschenrechte und -würde einzustehen und aktiv Unterstützung zu bieten. Menschen auf der Flucht benötigen nicht nur eine Unterkunft, sondern auch einen Ort der Zuflucht, sowie die Chance anzukommen, sich zu integrieren und Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionsvorsitzende: Dorothea Nienkemper Tulpenweg 4 59320 Ennigerloh Tel.: 02587-970177 doro.westkirchen@web.de
Stellvertreter: Nils Fiedlers Lange Wand 48 59229 Ahlen Tel.: 02388-841876 fwg.nils.fiedlers@web.de

Freie WählerGemeinschaft Kreis Warendorf e.V.
www.fwg-kreis-warendorf.de

Die Kreistagsfraktion

27. Oktober 2020

Dorothea Nienkemper

Fraktionsvorsitzende

Versand an:

Kreis Warendorf

FWG-Vorsitzende

Presse

Fraktionsvorsitzende: Dorothea Nienkemper Tulpenweg 4 59320 Ennigerloh Tel.: 02587-970177 doro.westkirchen@web.de
Stellvertreter: Nils Fiedlers Lange Wand 48 59229 Ahlen Tel.: 02388-841876 fwg.nils.fiedlers@web.de

Ö 7

Antrag öffentlich

Federführendes Amt **Sozialamt**	Nr. **160/2021**

Betreff:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.05.2021 - Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege

Beratungsfolge	**Termin**
Ausschuss für Soziales und Gesundheit Berichterstattung: CDU-Kreistagsfraktion	17.06.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: CDU-Kreistagsfraktion	25.06.2021

Erläuterungen:

Auf den beiliegenden Antrag der CDU-Kreistagsfraktion wird verwiesen.

Anlagen:
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.05.2021 - Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege

1. _____
   Amtsleitung

2. _____
   Dezernent

3. _____
   Kämmerer (nur bei Vorlagen mit finanziellen Auswirkungen)

4. _____
   Landrat

KREIS WARENDORF

CDU

Kreistagsfraktion
Fraktionsvorsitzender
Guido Gutsche
Homanns Kämpe 17 b
59320 Ennigerloh
mobil: 0170-3114670
e-Mail: ggutsche@aol.com
www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de

Herrn Landrat
Dr. Olaf Gericke
Kreis Warendorf
Waldenburger Str. 2
48231 Warendorf

24.05.2021

Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke,

nachfolgenden Antrag der CDU Fraktion bitten wir im nächsten Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu beraten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen geeigneten Anbieter zur Durchführung des Projektes „Nachhaltige Gewinnung von Nachwuchskräften in der Pflege“ zeitnah zu suchen und in der nächsten Sitzung über den Sachstand zu berichten. Da für dieses Projekt voraussichtlich mit einem Kostenumfang von 15.000 Euro gerechnet werden dürfte (Einstiegsbudget), bitten wir diese Mittel im Rahmen der Gesamtdeckung bei erfolgreicher Umsetzungsmöglichkeit bereits in diesem Jahr bereit zu stellen.

Begründung:

Das Thema „Fachkräftemangel in der Pflege“ ist auch Inhalt der kommunalen Pflegeplanung. Als Handlungsempfehlung wird der kommunalen Pflegekonferenz Alter und Pflege vorgeschlagen, dieses Thema aufzugreifen und weitere Handlungsschritte zu erarbeiten.
Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe „Gewinnung und Sicherung von Pflege(fach)kräften und Auszubildenden in diesem Bereich„ aus der kommunalen Konferenz Alter und Pflege gebildet!

Basierend auf den Informationen und der einstimmigen Beschlussempfehlung aus dieser Arbeitsgruppe dürfen wir keine Zeit mehr verlieren, junge Menschen für diesen Beruf und diese Ausbildung zu gewinnen. Gerade in der momentan schwierigen Situation ist ein längeres Abwarten nicht mehr möglich.
Schade und bedenklich ist auch, dass in den Medien fast ausschließlich negative und belastende Aspekte der Pflegeberufe herausgestellt werden und nicht die vielen befriedigenden Momente und Erfahrungen im Dienst an den Menschen. Dadurch ist über die Jahre ein abschreckenden Bild in der Öffentlichkeit entstanden.
Junge Menschen sollten daher ausführlich über dieses Berufsbild informiert werden. Das geschieht am besten, je eher man damit beginnt, in den Schulen.

Der CDU Fraktion ist es schon lange ein großes Anliegen, neue Fachkräfte zu gewinnen und gleichzeitig mehr Menschen in die Ausbildung in diesem Bereich zu bringen. Das kann nur gelingen, wenn das negative Image dieser Berufe endlich durch positive Statements (ggfs. von Auszubildenden an die Schüler) ersetzt wird.
Es ist kurz vor 12 Uhr, lassen Sie uns diese schönen Berufe durch ein gutes Konzept wieder attraktiv machen.

gez.
Guido Gutsche
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Susanne Lehnert
stv. Fraktionsvorsitzende

gez.
Andrea Geiger
Sprecherin der CDU im Ausschuss für Gesundheit und Soziales